

Jahresgutachten des Aktionsrates Bildung: **Das Bildungssystem ist nicht unternehmensförmig genug**

„Bildungsgerechtigkeit“ lautet der Titel des ersten Jahresgutachtens, das der 2005 von der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft (vbw) initiierte Aktionsrat Bildung Anfang März 2007 vorgestellt hat.

Das Ziel von Bildungsgerechtigkeit sieht der Aktionsrat nicht in der Herstellung sozialer Gleichheit, sondern darin, den Menschen entsprechend ihren Voraussetzungen gleiche Chancen beim Zugang zu den verschiedenen Stationen des Bildungssystems zu garantieren. Für diesen Zugang dürften keine anderen Merkmalsgruppen bestimmend sein als solche der kognitiven Leistungen. Soziale Ungleichheit und Selektion werden letzten Endes als Resultate individueller Anstrengungen begriffen und als solche ausdrücklich bejaht. Begutachtet wird das gesamte deutsche Bildungssystem vom Elementarbereich bis zur Weiterbildung, beklagt werden insbesondere offenkundige Benachteiligungen durch soziale Herkunft und Migration, die eine effektive Nutzung von Bildungsreserven behindern, und propagiert werden zahlreiche veränderte Weichenstellungen.

Aktionsrat ist von der Industrie gesponsert

Wer ist und was soll der Aktionsrat Bildung? Dass steter Tropfen den Stein zu hohlen vermag und Lobbyarbeit gegenüber Politik und Medien sich immer wieder auszahlt, wissen die an den Schalthebeln wirtschaftlicher Macht Sitzenden schon lange. Mit Stiftungen, Initiativen, Räten und Konventen versuchen sie ihren Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu vergrößern, den sie durch die private Verfügung über die Masse der gesellschaftlich relevanten Wirtschaftsmittel ohnehin schon haben. „Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir Experten benötigen, die durch Unabhängigkeit und Kompetenz dazu beitragen, den Reformdruck zu erhalten und weiter auszubauen. Deswegen haben wir 2005 den Aktionsrat Bildung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Dieter Lenzen von der Freien Universität Berlin initiiert.“ (Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft)

Der Aktionsrat ist faktisch ein Ableger der seit 2000 bundesweit agierenden, von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroin-



Foto: Manfred Vollmer

Bildung nach dem Fielmann-Prinzip organisieren: Das Bildungswesen wird privat betrieben, der Staat zahlt.

dustrie finanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). vbw-Präsident Rodenstock gehört zu den „Kuratoren und Botschaftern“ der INSM, Professor Lenzen war von Anfang an einer ihrer führenden Ideologen und ist auch Gründungsmitglied ihres 2005 gebildeten Fördervereins.

Lenzen verlangt kategorisch mehr Wettbewerb im Bildungswesen, wirft den Schulen mangelnde unternehmerische Orientierung und den Lehrkräften fehlende Professionalität vor.

Dem Aktionsrat gehören außerdem an: Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (Universität Bamberg), der Direktor des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung Prof. Dr. Wilfried Bos, der Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung CHE (Gemeinschaftsprojekt von Hochschulrektorenkonferenz und Bertelsmann Stiftung) Prof. Dr. Detlef Müller-Böling, Prof. Dr. Jürgen Oelkers (Universität Zürich), der Leiter des deutschen PISA-Teams Prof. Dr. Manfred Prenzel (Universität Kiel) und der Bildungsökonom Prof. Dr. Ludger Wößmann (Ludwig-Maximilians-Universität München, Bereichsleiter am von Prof. Hans-Werner Sinn geleiteten,

marktradikalen „ifo Institut für Wirtschaftsforschung“).

Die Vorschläge des Aktionsrates

Der Aktionsrat fordert Bund und Länder auf, noch im Jahre 2007 einen „Masterplan für mehr Bildungsgerechtigkeit“ vorzulegen. Hier einige der Kernaussagen und Empfehlungen: Das deutsche Bildungswesen ist im internationalen Vergleich zu wenig effektiv und effizient. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit unterem Kompetenzniveau ist zu hoch, Kinder mit Migrationshintergrund und aus unteren sozialen Schichten haben deutlich schlechtere Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Die jährlich um insgesamt 20 bis 30 Milliarden Euro zu knappen öffentlichen Ausgaben sind in den frühen Bildungsbereichen relativ gering und in den späten relativ hoch; bei den privaten Bildungsaufwendungen verhält es sich umgekehrt. Diese Verteilung ist nicht geeignet, die Heterogenität der Lernvoraussetzungen zu verringern.

Schülerleistungen sind auch abhängig von der Art der Steuerung der Schulen. Sie sind tendenziell besser in Schulen mit Autonomie in

Personal- und Prozessentscheidungen und in Ländern, in denen Eltern größere Wahlfreiheit zwischen Schulen in nicht staatlicher Trägerschaft haben und Schulen einen größeren Anteil öffentlicher anstatt privater Finanzierung aufweisen. Deutsche Lehrkräfte, gleich ob in Schulen oder Hochschulen, verstehen sich nicht als „Personal“ in einem „Unternehmen“, sondern bilden ein Kollegium, das individuell verstanden werden will.

Bildungspolitische Maßnahmen für Migrantenkinder können die negativen Effekte einer ungesteuerten Einwanderungspolitik nur graduell ausgleichen; sie müssen durch eine konsequente selektive Einwanderungspolitik ergänzt werden.

Lehrkräfte nur noch befristet einstellen

Eine frühe Aufnahme in Bildungseinrichtungen ist der Schlüssel für die Überwindung von Heterogenität als Ursache von Bildungsungerechtigkeit; daher wird die Einführung einer Kindergartenpflicht ab dem vollendeten vierten Lebensjahr gefordert. Ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr soll ein Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- bzw. Kinderkrippenplatz abgesichert werden. Alle vorschulischen Einrichtungen sind ganztägig vorzuhalten und beitragsfrei anzubieten. Das durchschnittliche Einschulungsalter ist abzusenken. Die Ausbildung des Fachpersonals ist nach internationalem Muster zu akademisieren.

Die Grundschule soll ihre Schülerinnen und Schüler unter Einschluss der Vorschulzeit frühestens nach sechs Jahren abgeben und mit den aufnehmenden Schulen enger zusammenarbeiten, die die Aufgenommenen bis zum Ende der Schulzeit unterstützen müssen.

Der Sekundarbereich I wird zweigliedrig (Sekundarschule und Gymnasium) angeboten; eine Integration aller Schulformen soll unterbleiben, weil Beweise für positive Effekte im deutschen Bildungssystem nicht gesehen werden.

Die Ganztagschule ist flächendeckend und mit der KMK abgestimmt einzuführen.

Die Durchlässigkeit der Bildungsgänge soll massiv ausgebaut werden; der Hochschulzugang soll auch für Nichtinhaber einer formalen Zugangsberechtigung aufgrund zielgenauer Zulassungsprüfungen möglich sein. Die Hochschulen sollen sich ihre Studierenden selbst aussuchen. Studiengebühren sollen zur Qualitätssteigerung beitragen.

Die Ausbildungsvergütungsnormen sind zu flexibilisieren; erforderlich sind insbesondere von den dualen Partnern gemeinsam zu entwickelnde Qualifikationsbausteine in allen Segmenten des Berufsbildungssystems.

Die Schulen werden weiterhin öffentlich finanziert, aber in privater Trägerschaft organisiert. Standards, Lehrpläne und Budgetrahmen werden ihnen vorgegeben; sie sind autonom in Personal- und Prozessfragen, ihre Leistungen werden im Rahmen externer Evaluation über-

prüft. Zur Schulautonomie gehört auch die Verantwortlichkeit für eine leistungs- und leistungsbezogene Besoldung.

Lehrkräfte sollen künftig einphasig oder in stärker aufeinander bezogenen Phasen ausgebildet werden. Auf der Sekundarstufe I gäbe es nur noch ein Lehramt; Gymnasiallehrkräfte würden eine Zusatzqualifikation erwerben. Die Lehrlizenz ist grundsätzlich befristet, ihre Verlängerung abhängig von der Teilnahme an Personalentwicklungs-, sprich: Weiterbildungsmaßnahmen, die nicht unter fünf Prozent der

seits öffentliche Einrichtungen entweder zu privatisieren oder darauf hinzuwirken, dass sie mit verknüpften Ressourcen und stärker hierarchisch wie private Betriebe geführt werden. Im Hochschulbereich ist diese Entwicklung schon relativ weit fortgeschritten, im Schulbereich gewinnt sie an Fahrt. In diesen Kontext gehören auch die Vorschläge und Versuche einzelne niedersächsische allgemein bildende Schulen zu kirchlichen Stiftungsschulen zu machen.

Einmal mehr wird auch vom Aktionsrat Bildung der interessierte Irrglaube verbreitet, Schulen würden dadurch besser, dass sie wie Wirtschaftsbetriebe organisiert werden. Pädagogik wird im vorgestellten Konzept letztlich auf Auftragsarbeit verkürzt, deren Erledigung sanktionsbewehrt ist. Die Vorschläge Lehrkräfte leistungsbezogen zu bezahlen und nur noch befristet mit der Möglichkeit der Verlängerung zu beschäftigen, laufen in Wirklichkeit darauf hinaus, auch die pädagogischen Arbeitskräfte noch stärker als bisher unter Wert zu bezahlen und eine Hire and Fire-Praxis zu etablieren.

Hire and Fire der Lehrkräfte

Die Kritik am dreigliedrigen Schulsystem und das Plädoyer für ein zweiglied-

driges sind nur vordergründig betrachtet fortschrittlich. Der Aktionsrat will die anachronistische Sortierwirtschaft im Bildungswesen nicht wirklich aufheben, sondern nur neu zementieren. Auch der bayerischen Wirtschaft ist nicht entgangen, dass der Anteil höherer Qualifikationen und Abschlüsse am künftig noch benötigten Arbeitsvolumen größer ausfallen wird und muss und dass dafür unter Mitwirkung aller Bereiche des Bildungssystems zusätzliche Reserven erschlossen werden müssen. Deshalb werden aber noch längst nicht umfassende Bildungsmöglichkeiten für alle ohne Ausgrenzung unterstützt. Die materiellen und gesellschaftspolitischen Kosten einer besseren Bildung für alle werden auch von ihren Parteigängern unverändert gescheut. Von Schritten in die richtige Richtung kann hier keine Rede sein.

Dass das Gewicht der Elementarerziehung gestärkt und Kitas beitragsfrei angeboten werden müssen, ist richtig. Auch eine Hochschulausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist überfällig. Die Vorschläge des Aktionsrates bezwecken letztlich jedoch, die Schule aus Gründen einer anderen gesellschaftlichen Lernzeitökonomie in den Elementarbereich vorzuziehen. Nicht dessen Verschulung ist notwendig, sondern seine Ausgestaltung nach ganzheitlichen Bildungsgesichtspunkten bei altersgemäßer Betonung des spielerischen Lernens.

Die Beschäftigten des Bildungssystems und nicht nur sie wissen einmal mehr, was auf sie zukommen kann. An der gedanklichen wie praktischen Auseinandersetzung damit führt kein Weg vorbei. RICHARD LAUENSTEIN



jährlichen Arbeitszeit betragen sollen. Auch Besoldungsbestandteile sollen davon abhängen sein.

Ein Regelungspaket im Interesse der Auftraggeber

Die Katze ist aus dem Sack. Der vom Aktionsrat Bildung vorgelegte bzw. geforderte „Masterplan“ für den Umbau des Bildungssystems ist nicht der erste und bestimmt nicht der letzte Vorstoß zur Durchsetzung größtmöglicher Wirtschafts- und Unternehmensförmigkeit der Bildungseinrichtungen, den akademische oder andere Parteigänger privatwirtschaftlicher Interessen unternommen haben. Kaum ein Papier legt allerdings wie dieses offen, wohin die Reise wirklich gehen soll.

Der Aktionsrat Bildung greift verschiedene Problemfelder, Unzulänglichkeiten und Widersprüche des Bildungssystems auf und macht zweifelsohne nicht nur bedenkliche, sondern auch einzelne bedenkenswerte Vorschläge. Was zählt, ist freilich die Gesamtbilanz. Er bietet keine Lösung nach vorn im Sinne der Berücksichtigung der Belange möglichst vieler Betroffener; er propagiert ein Regelungspaket, das vor allem im Interesse seiner Auftraggeber liegt.

Die INSM und ihr Ableger Aktionsrat Bildung stehen für eine deregulierte („kommodifizierte“) kapitalistische Marktwirtschaft mit einer auf bessere Verwertung konzentrierten Restgrößen-Sozialstaatlichkeit. Seit Jahren schon wird einerseits versucht, die Privatwirtschaft von öffentlichen Zumutungen wie Steuern, Auflagen, Schutzbestimmungen für Beschäftigte etc. weitestgehend zu entlasten und anderer-